



Strahlenwerte in Gorleben im Grenzbereich – bis zur Klärung der Ursache und Behebung der Gründe:

Vorerst keine weiteren Castortransporte nach Gorleben

Die Strahlenbelastung am Zwischenlager Gorleben ist jetzt schon bedenklich hoch, auch ein kurzfristiges Verschieben von CASTOREN und die somit erfolgte Manipulation der Messwerte hat daran kaum etwas geändert. Mit der Einlagerung weiterer CASTOR-Behälter riskieren die Verantwortlichen eine dauerhafte Überschreitung des so genannten Eingreifwertes der Genehmigung, der sofortige Maßnahmen zur Reduzierung der Strahlenbelastung erforderlich macht. Das ist unverantwortlich und mit dem rechtlich verankerten Strahlenminimierungsgebot nicht vereinbar. Die aktuellen Messwerte aus Gorleben belegen gravierende Probleme mit der Lagerung der Castorbehälter. Die Gründe für die unerwartet hohe Radioaktivität sind bis heute ungeklärt.

Da es derzeit außer in Gorleben keine Genehmigung für die Einlagerung der Rücktransporte aus La Hague gibt, lehnt die LDV von Bündnis 90/DIE GRÜNEN Rheinland-Pfalz die Durchführung des aktuellen Rücktransportes ab. Die Betreiber der deutschen AKWs sind als Verursacher in der Pflicht, den gesamten vertragsgemäß auf Deutschland entfallenden Anteil am radioaktiven Müll aus La Hague und Sellafield zurückzunehmen und die Rücknahme der noch ausstehenden Transporte zu regeln.

Standort und Bauweise von Zwischenlagern und auch die Konstruktion der Transport- und Lagerbehälter sind so zu wählen, dass die vom radioaktiven Müll ausgehenden Gefahren nach dem Stand von Wissenschaft und Technik auf das mögliche Mindestmaß verringert werden.

Wir fordern die Bundesregierung und die Landesregierungen auf, schnellstmöglich Alternativen zur Zwischenlagerung zu schaffen, die den erforderlichen Sicherheitskriterien entsprechen und dafür Genehmigungen zu erteilen.

Zwar ist ein Verbleiben des deutschen Mülls in der noch stärker gefährdeten Wiederaufbereitungsanlage La Hague den französischen MitbürgerInnen wie auch den französischen Anti-Atombewegung und Europe Ecologie, den dortigen Grünen, nicht zu zumuten. Durch die erforderlichen neuen Genehmigungen bedingte Wartezeiten für die Rücktransporte aus La Hague und Sellafield sind jedoch in Kauf zu nehmen.

Die LDV der GRÜNEN Rheinland-Pfalz beschließt weiterhin, diesen Antrag als Dringlichkeitsantrag in die Bundesdelegiertenkonferenz der GRÜNEN am 25. bis 27. November in Kiel einzubringen. Dabei ist der Text redaktionell anzupassen.